

Sektoranalyse:

Ernährung & Agrarwirtschaft

– Futter für Verhandlungen

Vergleiche von Parteien,
anhand veröffentlichter
Programmpunkte

BÜRO BERLIN

Knesebeckstraße 30, 10623 Berlin

berlin@instinctif.com

Tel: +49 30 2408 304-0

Fax: +49 30 2408 304-10

Foto: Markus Spiske

Ernährung und Agrarwirtschaft – Futter für Verhandlungen



Autor: Bernd Buschhausen
+49 30 2408 304-19
Bernd.Buschhausen@instinctif.com

Für die Gestaltung der Regierungskonstellation und Agenda nach der Bundestagswahl spielen die Themen Lebensmittel- und Landwirtschaft entscheidende Rollen. Denn kaum ein Bereich ist so politisiert wie die Ernährungs- und Agrarwirtschaft, in kaum einem anderen Bereich werden politische Werte und unterschiedliche Positionen so deutlich differenziert wie hier. Politische und gesellschaftliche Debatten zu Lebensmitteln, Verbraucherschutz oder Landwirtschaft produzieren emotionale Bilder, die Stimmungen erzeugen und Gruppierungen mobilisieren, die sich häufig unversöhnlich gegenüberstehen.

Kein Wunder also, dass die Politik hier besonders engagiert auftritt: Verbraucher sind Wähler, Landwirte wichtige Multiplikatoren und Fragen des Welthandels werden oft genug am Einkaufsregal entschieden.

Es lohnt sich also, einen tieferen Blick in die Parteipositionen zu ernährungs- und agrarpolitischen Themen zu werfen, um

- *das Mobilisierung- und Profilierungspotenzial der Parteien zu antizipieren,*
- *Soll-Bruch-Stellen in der Kommunikation zu identifizieren,*
- *Verhandlungspositionen für den Koalitionspoker zu erkennen und*
- *Schlussfolgerungen für zukünftige Regierungskonstellationen und -programme zu ziehen.*

Ein starkes Haus für starke Themen. Aber wer schützt vor den Schützern?

Bereits frühzeitig hat sich abgezeichnet, dass sich insbesondere die führenden Parteien CDU/CSU und SPD eine Neuaufstellung für eine eigenständigere Ernährungs-, Agrar- und Verbraucherpolitik wünschen. Agrar- und Ernährungsthemen sollen wieder unter ein Ministeriumsdach gebracht und damit wichtige Themen des Verbraucherschutzes aus dem Justizministerium entzogen werden.

Mit der Bündelung in einem Ministerium soll auch die politische Gestaltungsfähigkeit gestärkt werden. Allerdings haben hier die wichtigen Parteien fundamental unterschiedliche Rollenvorstellungen: CDU/CSU und FDP wünschen sich eine stärkere Politik, die auf Leitplanken, Transparenz und Aufklärung setzt, lehnen aber eine direkte oder indirekte Verbrauchersteuerung über Ansätze wie Nudging, das „Anschubsen“ von Verbrauchern, oder gar Strafsysteme und Steuern ab.

Hier hebt sich die SPD ab, indem sie sich für eine aktive Verbraucherpolitik einsetzt – ohne Bevormundung, aber doch mit starkem Gestaltungsanspruch, etwa mit den Themen Lebensmittelampel oder Marktwächter: „Mit einem kleinen Stups in die richtige Richtung lässt sich manchmal mehr für Verbraucherinnen und Verbraucher erreichen“, so Justizminister Maas (SPD).

Dem würden sich die Grünen und die Linke ohne Weiteres anschließen, noch weitergehen und Verbrauchs- und Strafsteuern, etwa auf Zucker, Fett, oder Salz, verlangen, neue Siegel einfordern, Produkte reformulieren, und vieles mehr, um nicht nur das Verhalten, sondern auch die Verhältnisse in den Einkaufsregalen, zuhause und auf den Weltmärkten zu ändern. Das lässt sich natürlich schwer bewerkstelligen, zumal dies deutlich über den Verbraucher- und damit Wählerwillen hinausgeht. Als Ausgangspunkt für zukünftige Koalitionsverhandlungen mit der SPD sind das aber sicherlich aussichtsreiche Positionen – und für eine öffentlichkeitswirksame Opposition stets beliebt im eigenen Lager.

Information und Innovation – Nachhaltigkeit und Tierwohl

Was die führenden Parteien eint, ist der Ruf nach mehr Transparenz, Aufklärung und Information, um die Entscheidungsfähigkeit des Verbrauchers zu stärken. Zu erwarten sind deshalb neue und umfangreichere Regeln und Kriterien für Herkunftsbezeichnungen, Lebensmittelkennzeichnung, Tierhaltung und Produktkommunikation. Gerade im digitalen Zeitalter steigt die Nachfrage nach offener Kommunikation sowie sinnvoller und nutzerfreundlicher Information für Verbraucher und andere Stakeholder.

Auffällig einig sind sich die führenden Parteien auch in Fragen von Nachhaltigkeit und Tierwohl. Hierzu gehören insbesondere Initiativen für mehr Tierschutz- und Tierwohl, die Verbesserung von Tierschutzstandards und mehr Transparenz in der Prozesskette sowie die Förderung einer zukunftsgerichteten ökologischen Landwirtschaft. Der Weg dorthin unterscheidet sich jedoch je nach Partei: Während Grüne und Linke sich gegen Agrarkonzerne und für Verbote oder Grenzen von Pestiziden, Massentierhaltung oder Gentechnik positionieren, setzen sich CDU/CSU und SPD vor allem für neue Standards in der konventionellen Tierhaltung und Einschränkungen im Antibiotikaeinsatz – und somit auch für Grenzen in

der Massentierhaltung – ein. Die FDP hingegen stellt sich gegen eine Verabsolutierung von Transparenzregeln, ist für weniger Ordnungsrecht, aber für einen offeneren Umgang mit neuen Technologien.







Eng mit der Standardsetzung im Lebensmittel- und Agrarbereich verbunden sind Fragen nach der Gestaltung des freien Handels und der internationalen Märkte. Während CDU/CSU und FDP sich für eine proaktive Gestaltung der Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung der Belange landwirtschaftlicher Familienbetriebe einsetzen, die SPD den rechtlichen Rahmen festlegen will, um hohe internationale Standards zu halten, lehnen Grüne und Linke globale Märkte und Freihandelsabkommen ab. Stattdessen setzen sie auf eine stärkere Regionalisierung und weniger Europa in der Agrarförderung.

Der Weg nach vorn – koalitionsbedingt grundverschieden

Die Positionen der Parteien im Ernährungs- und Agrarbereich sind so vielfältig wie der Sektor selbst. Einig sind sie sich alle in der Chance und Bedeutung des Sektors für unsere gemeinsame Zukunft. Gerade die Digitalisierung im Agrarbereich hält großes Potenzial für mehr Effizienz und Nachhaltigkeit in der Lebensmittelproduktion bereit – Stichwort „Smart Farming“ für bessere Erträge bei Schonung der Ressourcen. Aber um dies zu erreichen, braucht es auch „Smart Politics“: technologieoffene, ideologiebefreite Ansätze für eine an den echten Bedürfnissen von heute und morgen orientierte Gestaltung der Lebensmittel- und Agrarwirtschaft.

Die unterschiedlichen Parteiansätze bieten eine sehr breite Spanne an Verhandlungsmaterial und damit eine breite Basis für das Programm- und Pöstchengeschacher in einer noch zu definierenden Koalition. Man kann nur hoffen, dass dabei der Wähler als „Abnehmer und Kunde“ der Politik nicht in Vergessenheit gerät. Denn der Kunde ist bekanntlich König.

Parteien und Positionen im Überblick: Ernährung und Agrarwirtschaft

						
Förderung der Landwirte	<p>Wettbewerbsfähigkeit von Familienbetrieben</p> <p>Stärkung heimischer Erzeuger</p> <p>Ökologische Landwirtschaft als Zukunftsbranche</p> <p>Breitbandausbau und Digitalisierung ▲</p>	<p>Regionalvermarktung Initiativen</p> <p>Ökologische und konventionelle Landwirtschaft, um die Nachfrage zu bedienen</p>	<p>Bäuerliche, genossenschaftliche und ökologische Landwirtschaft statt Agrarkonzerne</p> <p>Regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen fördern</p>	<p>Schutz bäuerlicher Betriebe, gegen industrielle Landwirtschaft</p> <p>Konventionelle Landwirtschaft muss umweltverträglicher werden</p> <p>Ökolandbau in den nächsten sieben Jahren</p>	<p>Risikoausgleichsrücklageder Betriebe in Land- und Forstwirtschaft</p>	<p>Regionale Lebensmittel-erzeugung und Direktvermarktung durch bäuerliche Betriebe stärken</p> <p>Familienbetriebe und Genossenschaften fördern</p>
Tierhaltung und Gentechnik	<p>Zukunftsfähige Tierhaltung</p> <p>Reduktion des Antibiotikaeinsatzes</p> <p>Verpflichtende Prozess-kennzeichnung bei Gentechnik</p> <p>Gentechnik zu Forschungszwecken</p> <p>Pflanzenschutzmittel nach Notwendigkeit</p>	<p>Verbesserung der Tierschutzstandards</p> <p>Reduktion des Arznei-mittel-einsatzes</p> <p>Modernes Tierschutz-Gesetz</p> <p>Keine Gentechnik (Ernährungssicherheit)</p>	<p>Keine Massentierhaltung</p> <p>Reduktion des Antibiotika-einsatzes</p> <p>Keine Gentechnik, Import verbieten</p> <p>Patente auf Leben verbieten</p> <p>Zur genetischen Vielfalt alle Nachbarechte sichern</p>	<p>Keine Massentierhaltung</p> <p>Alternativen zu Tierversuchen</p> <p>Keine Gentechnik</p> <p>Kein Gift in der Landwirtschaft (Gegen den Einsatz von Glyphosat und Neonicotinoiden)</p>	<p>Artgerechte Tierhaltung durch Agrarin-vestitionsförderung</p> <p>Offener und transparenter Umgang mit „Genome Editing“</p> <p>Pflanzenschutzmittel nachhaltig anwenden</p> <p>Bewegliches Düngerecht (Selbstbestimmung der Landwirte)</p>	<p>Gegen Schächtung ohne Ausnahmen aus religiösen Gründen</p>
Handel und Europa	<p>Proaktive Gestaltung der Globalisierung</p> <p>Ausgewogene Handelsabkommen</p> <p>Neuaufstellung der ELER-Förderung</p> <p>Stabiles GAP bis 2020 ▲</p>	<p>EU-Fördermittel stärker an Verbesserung von Tierschutzstandards in den Betrieben orientieren</p>	<p>Gegen Globalisierung der Agrarmärkte</p>	<p>Neustart für faire Handelsabkommen</p> <p>Lieferketten offenlegen</p> <p>Nahrungsmittelspekulation eindämmen</p> <p>Keine Subventionen für den Export von europäischen Lebensmitteln</p>	<p>Rechtlichen Rahmen für Freihandelsabkommen schaffen, um hohen Lebensmittelstandard zu halten</p>	<p>Problem der Globalisierung und Überregulierung durch die EU</p>
Verbraucherschutz	<p>Verbesserung der Verbraucherinformation</p> <p>Freiwillig nationale Herkunftskennzeichnung und Tierwohl-label</p> <p>Klare Lebensmittelkennzeichnung</p> <p>Nährwertampel irreführend, da zu vereinfacht</p>	<p>Verbraucherzentrale als Marktwächter etablieren</p> <p>Schutz des Verbrauchers verbessern</p> <p>Nährwertampel und Herkunftsbezeichnung</p> <p>Musterfeststellungsklagen einführend</p>	<p>Eigenständige Verbraucherschutzbehörde und stärkeres Verbraucherschutzgesetz</p> <p>Längere Garantiepflicht</p> <p>Nährwertampel</p> <p>Gruppenklagen</p> <p>Verbot von Produkt- und Markenwerbung ▲</p>	<p>Tierprodukte kennzeichnen</p> <p>Nährwertampel</p> <p>Hygienebarometer für Gaststätten</p> <p>Orientierung durch Siegel verbessern</p>	<p>Zu starre ordnungsrechtliche Regelungen und zu ehrgeizige Tierwohl-Zertifikate überfordern kleine Betriebe</p>	<p>Zuständigkeit für Verbraucherschutz von der EU nach Deutschland verlagern</p> <p>Vermehrte Produktprüfungen durch Stärkung der Gewerbeaufsicht</p>

Kontakt



BÜRO BERLIN

Knesebeckstraße 30, 10623 Berlin
berlin@instinctif.com
Tel: +49 30 2408 304-0
Fax: +49 30 2408 304-10

BÜRO FRANKFURT A.M.

Bethmannstraße 56, 60311 Frankfurt
frankfurt@instinctif.com
Tel: +49 69 133 896-0
Fax: +49 69 133 896-19

BÜRO MÜNCHEN

Seitzstraße 23, 80538 München
muenchen@instinctif.com
Tel: +49 89 3090 5189-21
Fax: +49 89 8130 3023

BÜRO KÖLN

Im Zollhafen 6, 50678 Köln
koeln@instinctif.com
Tel: +49 221 420 75-0
Fax: +49 221 420 75-59